

Gasversorgungssicherheit in der Schweiz

Gazprom hat die Gaslieferungen nach Deutschland auf Nord Stream 1 auf eine Kapazität von 20 Prozent gedrosselt. Die Lage ist sehr angespannt, und es stellt sich das Problem, dass die europäischen Gasspeicher für den kommenden Winter nicht plangemäss gefüllt werden können. Die EU-Staaten haben deshalb einen Notfallplan zum Gassparen beschlossen. Wir senden Ihnen hier unsere aktuelle Einschätzung der Lage:

Seit dem 27. Juli fliessen nur noch erneut reduzierte Gasmengen durch Nord Stream 1, der wichtigsten Pipeline für Erdgas aus Russland. Bereits zuvor hatte Gazprom die Gaslieferungen nach Europa auf Nord Stream 1 und anderen Transportrouten stark gedrosselt. Es muss damit gerechnet werden, dass in absehbarer Zeit kein Gas mehr aus Russland nach Europa geliefert wird.

Die Gasversorgung in der Schweiz ist im Moment stabil. Die Versorgungssicherheit ist derzeit gewährleistet, auch wenn die Lage sehr angespannt ist. Die europäischen Grosshandelspreise sind in den vergangenen Tagen nochmals stark gestiegen, aktuell über 200 Euro pro Megawattstunde. Sehr konstant sind die Erdgaslieferungen aus der Nordsee, und auch die LNG-Importe nach Europa befinden sich auf hohem Niveau.

Die Schweiz hat keine eigenen Gasspeicher und ist daher vollständig auf Importe angewiesen. Bis zu drei Viertel der Gaslieferungen der Schweiz erfolgen via Deutschland. Von Gasengpässen in der EU und insbesondere Deutschland ist deshalb auch die Schweiz betroffen. Können die europäischen Speicher nicht plangemäss gefüllt werden, erhöht sich das Risiko einer Mangellage im kommenden Winter. Die Schweizer Gaswirtschaft arbeitet mit Hochdruck daran, eine Gasreserve für den kommenden Winter aufzubauen. Dabei handelt es sich um Speicherkapazitäten in den Nachbarländern und Optionen für zusätzliche Gaslieferungen. Die Gaswirtschaft ist zuversichtlich, dass die vom Bund gesteckten Ziele erreicht werden können. Wichtig ist jedoch, dass sichergestellt wird, dass sich die Länder bei einer Mangellage gegenseitig so weit wie möglich unterstützen. Der Bund verhandelt zu diesem Zweck über Solidaritätsabkommen mit Nachbarstaaten wie Deutschland.

Die EU-Staaten haben sich auf einen Notfallplan zur Senkung des Gaskonsums verständigt. Ziel ist, die Risiken zu minimieren, die sich aus einer vollständigen Unterbrechung russischer Gaslieferungen ergeben. Der Plan sieht vor, den nationalen Konsum im Zeitraum vom 1. August 2022 bis zum 31. März freiwillig um 15 Prozent zu senken. Zudem soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei weitreichenden Versorgungsengpässen einen Unionsalarm auszulösen und verbindliche Einsparziele vorzugeben. Die Schweiz ist nicht Teil des EU-Plans und dessen Einsparziel.

Wenn in der Schweiz eine Gasmangellage eintritt, die von der Branche nicht mehr bewältigt werden kann, trifft der Bund die notwendigen Massnahmen. In einem ersten Schritt würde der Bund die Verbraucher mittels Sparappellen aufrufen, den Gasverbrauch zu reduzieren. Gleichzeitig kann der Bund den Firmen mit Zweistoffanlagen die Umstellung von Gas auf Heizöl vorschreiben. Als weitere Massnahme kann der Bundesrat Einschränkungen für gewisse Anwendungen beschliessen, z.B. verbindliche Beschränkungen der Heiztemperatur in öffentlichen Gebäuden oder in Büros. Schliesslich kann der Bund bei einer anhaltenden Mangellage auch Kontingentierungen anordnen. Davon wären alle Anlagen betroffen, die nicht zu den sogenannten

geschützten Verbrauchern zählen. Zu den geschützten Verbrauchern gehören Privathaushalte, Fernwärmanlagen für Privathaushalte und grundlegende soziale Dienste. Zu letzteren zählen auch Spitäler, Energie- und Wasserversorgung sowie Blaulichtorganisationen.

Der VSG baut im Moment im Auftrag des Bundes eine Kriseninterventionsorganisation auf. Diese hat die Aufgabe, die aktuellen Entwicklungen zu beobachten und bei einer Mangellage die Netzbetreiber bei der Umsetzung der vom Bund angeordneten Massnahmen zu unterstützen.